

International

Europäische Ratings: Neuer Anlauf

Bisher sind alle Versuche, eine europäische Ratingagentur als Gegengewicht zu den USA aufzubauen, gescheitert. Jetzt wagt Scope Ratings einen Anlauf.

Moody's, Fitch, Standard & Poor's - das sind seit vielen Jahren die marktbeherrschenden Anbieter im weltweiten Rating-Geschäft. Alle drei stammen aus den USA und wurden in Europa vor allem am Höhepunkt der Euro-Krise heftig kritisiert. Der Vorwurf: Europäische Staaten würden oft ungerecht bewertet, mit den USA seien die Agenturen wesentlich milder. Der Ruf nach dem Aufbau einer europäischen Ratingagentur als Gegengewicht zu den Amerikanern wurde laut.

Alle Versuche, eine solche hochzuziehen, scheiterten nach kurzer Zeit. Jetzt will es der nächste wissen: Scope Ratings. Das deutsche Unternehmen mit Sitz in Berlin und Niederlassungen in London, Paris, Madrid und Frankfurt hat in den vergangenen drei Jahren 15

Millionen Euro in den Aufbau von Rating-Strukturen investiert und zahlreiche institutionelle Anleger als Kapitalgeber gewonnen. Allein im vergangenen Jahr flossen 11,5 Millionen Euro an zusätzlichem Eigenkapital ins Unternehmen, „ein solides Fundament für unser zukünftiges Wachstum“, wie Scope Ratings-CEO Torsten Hinrichs sagt. „Bei unseren Ratings verzichten wir auf den mechanistischen Ansatz mit starren Bewertungsmethodiken unserer amerikanischen Wettbewerber und betrachten die Ratingobjekte auch in ihrem europäischen Kontext.“ Geratet werden derzeit vor allem Firmen, Banken, Pfandbriefe, strukturierte Finanzierungen und Städte. „Per heute fehlen noch Ratings von Versicherungsgesellschaften und Staaten auf dieser

Liste, danach wäre das Angebot komplett“, sagt Hinrichs. Einen Einstieg ins politisch sensible Länderratinggeschäft noch in diesem Jahr „können wir uns gut vorstellen“.

Einfach sei der Aufbau der Agentur allerdings nicht: Man müsse „qualitativ hochwertige Ergebnisse liefern und viel Durch-

haltevermögen zeigen“. Dennoch sei es im vergangenen Jahr gelungen, Transaktionen mit einem Volumen von insgesamt 25 Milliarden Euro zu bewerten - 2014 waren es erst fünf Milliarden Euro. Mehr als 20 etablierte Analysten mit umfassender Ratingerfahrung habe man bereits an sich gebunden. Heuer soll der wirtschaftliche Break-Even erreicht werden. Staatliche Förderungen will Hinrichs nicht lukrieren, um politisch unabhängig zu bleiben. Er kritisiert aber, dass europäische Ratingagenturen bei Aufträgen aus dem staatsnahen Bereich immer noch „weitgehend ignoriert werden“. Hier wünscht er sich ein Umdenken. Auch bei der Europäischen Zentralbank (EZB) sieht er Handlungsbedarf: In deren Investitionskriterien werde ein Rating durch die etablierten Agenturen vorgeschrieben. „Diese Regel wirkt faktisch wie eine Abschottung des Marktes“, kritisiert Hinrichs. (gp) ■



Scope Ratings

Scope Ratings-CEO Torsten Hinrichs will eine große Ratingagentur aufbauen.

Wirtschaftsmision in Barcelona

Der Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gehört zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftssektoren in Österreich. Allein in Wien beschäftigt die Branche 65.000 Mitarbeiter und erwirtschaftet 20 Milliarden Euro pro Jahr. Um die Exportchancen der heimischen IKT-Betriebe bestmöglich zu nutzen, führte WK Wien-Präsident Walter Ruck diese Woche

eine Wirtschaftsmision mit 50 Firmenvertretern zur internationalen Mobilfunkmesse World Mobile Congress in Barcelona. „Es ist entscheidend, dass unsere Unternehmen in diesem Konzert der Großen mitspielen“, sagte Ruck (im Bild 2.v.l. mit Mattias Gasser, l., und Carina Wetzlhütter des Wiener Software-Unternehmens anyline sowie WK Wien-Direktor Heinz Wollinger). ■

„Brexit“: Schicksalsjahr für die EU

Verliert die EU erstmals in ihrer Geschichte ein Mitgliedsland? Diese Frage haben die Bürger des Vereinigten Königreichs am 23. Juni zu entscheiden. Nach den Verhandlungen über EU-Rechtsänderungen, die der britische Premier David Cameron gefordert hat, hat die britische Regierung am Wochenende den Termin für die angekündigte Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der EU fixiert.

Großbritannien ist nach Deutschland die größte Volkswirtschaft in der EU, mit deutlichem Abstand vor Frankreich und Italien. Ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU und insbesondere aus dem Binnenmarkt hätte daher massive wirtschaftliche Folgen für

beide Seiten. Entscheiden sich die Briten für einen Verbleib in der EU, werden die Rechtsänderungen umgesetzt, auf die sich die Staats- und Regierungschefs vergangene Woche in Brüssel verständigt haben. Diese betreffen insbesondere die Möglichkeit, EU-Ausländern unter bestimmten Bedingungen für eine begrenzte Zeit weniger Sozialleistungen zukommen zu lassen. Diese Möglichkeiten sollen alle Mitgliedsländer bekommen, nicht nur Großbritannien. Bei anderen Forderungen wie etwa der Vollendung des Binnenmarkts oder einem Mitspracherecht Großbritanniens bei Entscheidungen der Eurogruppe blieben die europäischen Partner unverbindlich bis ablehnend. (gp) ■